

# ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 11. April 2012 – 2/2012

## Der tunesische Weg – ein Modell für den Arabischen Frühling?

Tunesien war der Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“. Hier sind auch die größten Fortschritte auf dem Weg zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung zu verzeichnen. Mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung befindet sich das nördlichste Land Afrikas auf der entscheidenden Wegstrecke zu einer Neuordnung. Die zentrale Herausforderung ist, die islamischen Werte- und Moralvorstellungen mit einem demokratischen Rechtsstaat nach internationalen Maßstäben in Einklang zu bringen. Falls dies gelingt, könnte der tunesische Weg zu einem Modell für den „Arabischen Frühling“ werden.

# Der tunesische Weg – ein Modell für den Arabischen Frühling?

Peter Witterauf

## Tunesien als Ausgangspunkt der „Arabellion“

Tunesien war der Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“. Am 17. Dezember 2010 hatte sich der 26 Jahre alte Gemüsehändler Mohamed Bouazizi in Sidi Bouzid mit Benzin übergossen und angezündet. Er wollte mit dieser Verzweiflungstat gegen die bestehenden Verhältnisse demonstrieren. Die Nachricht von dieser Selbstverbrennung verbreitete sich rasch. Soziale Medien wie Facebook und Twitter sowie die Verbreitung der Nachricht über Mobilfunktelefone per SMS ließen eine Protestwelle entstehen. Dies war der Beginn der „Jasminrevolution“, die in kurzer Zeit erfolgreich war. Der tunesische Diktator Ben Ali floh am 14. Januar 2011 ins Ausland. Am 27. Februar 2011 musste Ministerpräsident Ghannouchi nach massiven Protesten der tunesischen Bevölkerung zurücktreten.

Auch in anderen arabischen Ländern kam es zu Unruhen. In Ägypten, im Jemen und in Libyen wurden Diktaturen beendet. In Syrien ist eines der brutalsten Regime der Region unter schweren Druck geraten. In Algerien wurde eine der zentralen Forderungen der Opposition, die Aufhebung des seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustandes, am 24. Februar 2011 durch die algerische Regierung erfüllt. Weitere Unruhen und Proteste wurden von Polizei und Militär unterbunden. In Marokko kündigte König Mohammed VI. umgehend politische Reformen und eine Verfassungsänderung an, worauf sich die Situation schnell beruhigte.

Seit dem Beginn der „Arabellion“ ist inzwischen über ein Jahr vergangen. In dieser Zeit hat sich viel verändert. Manche Hoffnungen wurden enttäuscht, vielleicht waren auch manche Erwartungen zu hoch. Es war sicherlich naiv, für ein Land wie Ägypten einen problemlosen Übergang zur Demokratie zu erwarten. Auch in Libyen ist noch in keinsten Weise absehbar, wohin die Entwicklung führen wird. Es wäre aber sicherlich ungerechtfertigt, von einem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ zu sprechen oder gar von einem „Arabischen Winter“.

## Der erfolgreiche Übergang in Tunesien

In Tunesien sind die größten Fortschritte auf dem Weg zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung zu verzeichnen. Der Übergang zu demokratisch legitimierten Institutionen erfolgte rasch und geräuschlos. Besonders hervorzuheben ist dabei auch die Rolle des Militärs, das diesen Übergang, anders als in Ägypten, konstruktiv begleitete. Während in Ägypten die Unternehmen des Militärs etwa ein Drittel der ägyptischen Wirtschaft kontrollieren, hat das Militär in Tunesien keine wirtschaftlichen Interessen.

Nach der Flucht des Diktators Ben Ali wurde eine Übergangsregierung gebildet, deren Aufgabe es insbesondere auch war, die Wahlen im Herbst 2011 vorzubereiten. Bei der Aufarbeitung der Vergangenheit wurden wichtige Fortschritte erzielt. So hat zum Beispiel die nationale Kommission zur Untersuchung der Veruntreuung von Staatsgeldern und Korruption von den über 2.420 von ihr untersuchten Fällen insgesamt 124 Akten an die Staatsanwaltschaft übergeben. Diese belasten insbesondere den ehemaligen Präsidenten und seine Familie, ehemalige Regierungsmitglieder sowie frühere Parteivorsitzende und Beamte. Verschiedene Straftaten wie Korruption, Veruntreuung, Unterschlagung, Waffenhandel, Drogenbesitz und Amtsmissbrauch wurden erfasst.

Angesichts der raschen Veränderungen verwundert es nicht, dass noch viele ungelöste Probleme vorhanden sind. So gibt es zum Beispiel noch immer zu viele alte Kräfte, die sich dem notwendigen Wandel verweigern.

Die Hanns-Seidel-Stiftung, die seit vielen Jahren in Tunesien verankert ist und das Vertrauen oppositioneller Kräfte genießt, hat den demokratischen Transformationsprozess konstruktiv begleitet. Sie hat zum Beispiel bei wichtigen Themen, wie dem Aufbau demokratischer Institutionen, einen internationalen Erfahrungsaustausch ermöglicht oder etwa auch Materialien zur Korruptionsbekämpfung veröffentlicht. Um zwei konkrete Beispiele herauszugreifen: In Zusammenarbeit mit der tunesischen Richtervereinigung AMT (Association des Magistrats Tunisiens), deren Mitglieder auch während der Diktatur Distanz zum Regime bewahrten, wurden mehrere Fortbildungsmaßnahmen zur Justizreform, zur Verfassungsreform, zur Unabhängigkeit der Justiz, zur Verwaltungsgerichtsbarkeit und zum Wahlrecht umgesetzt. Mit der tunesischen Vereinigung der Städteplaner ATU (Association Tunisienne des Urbanistes) wurden Veranstaltungen durchgeführt, um die demokratische Regierungsführung in tunesischen Städten und eine Beteiligung der Bürger in lokalen Angelegenheiten zu fördern.

Am 23. Oktober 2011 fanden in Tunesien erstmals seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 freie und demokratische Wahlen statt. Gewählt wurden die 217 Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung. Die von einer unabhängigen Wahlkommission organisierten und durchgeführten Wahlen verliefen weitestgehend ruhig und geordnet. Trotz verschiedener Unregelmäßigkeiten und auch einiger Annullierungen von Wahlergebnissen ist dies ein beachtlicher Erfolg. Der deutsche Leiter der EU-Wahlbeobachtungsmission lobte den geordneten Verlauf der Wahlen und bewertete in seiner ersten Evaluierung die Durchführung der Wahlen in den von der EU-Mission beobachteten Wahllokalen als überwiegend positiv.

Die Wahlbeteiligung von 52 % war in Anbetracht der relativ kurzen Vorbereitungszeit bemerkenswert hoch. Am 14. November 2011 wurden die endgültigen Ergebnisse bekannt gegeben. Demnach entfielen 89 Sitze auf die islamische Partei Ennahdha (41 %), die damit zum Wahlgewinner wurde. Bei der Regierungsbildung war sie darauf angewiesen, mit den Mitte-Links-Parteien CPR (Congrès pour la République, 29 Sitze) und Ettakatol (20 Sitze) zu koalieren. Die am 22. November 2011 erstmals zusammengetretene verfassunggebende Versammlung verabschiedete am 11. Dezember 2011 eine Übergangsverfassung (sogenannte „kleine“ Verfassung).

Am Wahlergebnis ist sehr beachtlich, dass die Mehrheit der Sitze auf nur wenige Parteien entfällt. Obwohl ein überaus breites Spektrum an Parteien und politischen Gruppierungen zur Wahl antrat, ist die verfassunggebende Versammlung nicht zersplittert. Auch laizistische und liberale Kräfte sind vertreten. Generell ist festzustellen: Es waren diejenigen Parteien am erfolgreichsten, die in deutlicher Gegnerschaft zum früheren Regime standen. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Wahlergebnisse im Einzelnen (ohne Parteien / Gruppierungen mit nur einem Sitz):

Partei	Sitze
Ennahdha	89
Congrès Pour la République (CPR)	29
Ettakatol (FTDL, Sozialdemokraten)	20
Al Aridha (Pétition Populaire)	26
Parti Démocratique Populaire (PDP)	16
Démocratique Moderniste (PDM)	5
Parti d´El Moubadara (I´initiative)	5
Afak Tunes	4
Al Badeel Atthaouri	3
Mouvement des Démocrates Socialistes (MDS)	2
Mouvement des Patriotes Démocrates	2

Quelle: ISIE (Hrsg.): Bericht über die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung 2011, <http://www.isie.tn/image.php?id=760>

Überraschend war für viele Beobachter der Wahlerfolg der islamischen Partei Ennahdha. In Tunesien selbst, aber auch im westlichen Ausland, hat dies Ängste und Besorgnisse ausgelöst. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass Tunesien ein vom Islam geprägtes Land ist. Der Islam ist in Tunesien Staatsreligion. Rund 98 % der Bevölkerung bekennen sich zum Islam. Davon gehören rund 85 % der sunnitischen Glaubensrichtung an. Christen und Juden sind kleine Minderheiten. Gegenüber religiösen Minderheiten ist Tunesien vergleichsweise tolerant. Im Übrigen sollte auch bedacht werden, dass islamische Parteien im früheren Regime massiv unterdrückt wurden. Insoweit könnte der Wahlerfolg der Partei Ennahdha möglicherweise auch einen gewissen „Nachholeffekt“ widerspiegeln.

## Die notwendige Neuordnung – worauf kommt es an?

Mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung befindet sich Tunesien auf der entscheidenden Wegstrecke zu einer Neuordnung. Hier wird sich entscheiden, ob der Aufbau einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung gelingt. Insbesondere das strittige Verhältnis von Religion und Staat steht gegenwärtig im Vordergrund. Falls es gelingt, die islamischen Werte- und Moralvorstellungen in einem demokratischen Rechtsstaat nach internationalen Maßstäben zu verwirklichen, könnte Tunesien Modellcharakter für den „Arabischen Frühling“ erhalten. Dafür gibt es durchaus ermutigende Signale, aber auch eine Reihe von Risiken. Die Trennung von Religion und Staat, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie eine unabhängige Justiz sind zentrale Maßstäbe. Zu der dringend notwendigen Justizreform gehört im Übrigen auch, dass hochgradig belastete Richter, die dem alten Regime nahestanden, aus dem Amt entlassen werden müssen.

In dieser schwierigen Orientierungsphase unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung alle demokratisch und rechtsstaatlich orientierten Kräfte in deren Bemühungen, eine für alle Seiten akzeptable Lösung bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung des Staates zu finden. Weder ein rein laizistisches Staatswesen noch ein islamisch-theokratisch dominierter Staat dürften dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Deshalb werden sich die beiden großen ideologisch gegenüberstehenden Lager zu einem historischen Kompromiss bereitfinden müssen. Durch Dialogforen, nicht nur bei ihren traditionellen Partnern, sondern auch bei den neuen Akteuren, wird die Hanns-Seidel-Stiftung einen Beitrag leisten, damit dieser „Brückenschlag“ gelingt.

Ein Dialogprozess verlangt Zugeständnisse auf beiden Seiten. Die entscheidenden Fragen sind: Wie moderat und demokratiefähig wird Ennahdha sein? Und: Akzeptieren laizistische Strömungen, dass der Islam in Tunesien eine prägende Rolle hat?

Dieser Dialogprozess wird alles andere als einfach, es gibt eine Reihe von Risiken. So gibt es zum Beispiel auf beiden Seiten des politischen Spektrums verhärtete Positionen, die den notwendigen Kompromissen entgegenstehen. Einerseits zeigen sich Vertreter eines laizistisch orientierten Tunesiens besorgt über den zunehmenden Einfluss des Islam. Öffentliche Diskussionen, die bisher für Tunesien untypisch waren, erhöhen die Unsicherheit. Beispiele sind Themen wie die Einführung der Scharia, die Ganzkörperverschleierung der Frauen, die Beschneidung von Frauen oder auch die Besetzung von Führungspositionen an den Universitäten durch Vertreter des Islam.

Vor diesem Hintergrund sind Stimmen zu hören, die auf ein Scheitern der islamisch geführten Übergangsregierung setzen. Diese könne, so wird behauptet, ihre beschäftigungspolitischen Versprechen nicht einhalten. Es werde nicht gelingen, neue Arbeitsplätze in ausreichender Zahl zu schaffen. Kompromisse seien deshalb falsch und nicht notwendig, weil man nur abwarten müsse, bis die Regierung gescheitert sei. Eine solche Strategie, wenn sie umgesetzt würde, wäre gefährlich: Sie würde die Unsicherheit über den künftigen politischen Weg Tunesiens erhöhen und damit zum Beispiel die dringend notwendigen Auslandsinvestitionen blockieren. Wer garantiert aber dann, dass es nicht zu einer Radikalisierung kommt?

Auf der anderen Seite gibt es Vertreter islamischer Kräfte, die die Trennung von Religion und Staat nicht wollen. Sie würden am liebsten die Entwicklung Tunesiens zu einem freiheitlichen und westlich orientierten Staat rückgängig machen und einen fundamentalistischen Islam verwirklichen. Extremistische Prediger ziehen durch das Land und plädieren für die Einrichtung eines islamistischen Gottesstaates. Es wird vermutet, dass Länder wie Katar oder Saudi Arabien erheblichen finanziellen Einfluss ausüben. Die Gefahren eines solchen politischen Kurses sind sehr hoch.

Umso wichtiger ist es, die moderaten Kräfte zu stärken. Dies auch deshalb, weil Tunesien vor weiteren schwierigen Aufgaben steht. An erster Stelle ist hier die schwierige wirtschaftliche Lage zu nennen. 2011 sind die ausländischen Direktinvestitionen, wie auch in anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“, erheblich gesunken. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit bedingt durch die Krise des Tourismussektors und den Einbruch bei den Textilexporten sowie die Rückkehr von tunesischen Arbeitern aus Libyen erneut an. Für Ende 2011 wird sie auf nahezu eine Million beziffert, darunter viele Jungakademiker. Viele junge qualifizierte Arbeitskräfte verlassen deshalb das Land. Die anhaltend hohe Inflation und dadurch gestiegene Lebenshaltungskosten führen landesweit zu Streikwellen, Demonstrationen und Sitzblockaden vor Unternehmen. Dies schwächt die wirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich.

### **Die Verantwortung Europas für Tunesien**

Für Europa ist es eine besondere Verpflichtung, Tunesien in seinem Transformationsprozess zu unterstützen. Dies allein schon wegen der geografischen Nähe. Falls sich die wirtschaftliche Lage weiter verschärfen würde, wäre mit einer stärkeren Zuwanderung nach Europa zu rechnen. Das kann niemand wollen.

Die Entwicklung in Tunesien hat für Europa auch eine symbolische Bedeutung. Wo sonst, wenn nicht in Tunesien, sollte eine freiheitliche Demokratie verwirklicht werden?

Vor allem aber ist der Vorreiterrolle Tunesiens für den „Arabischen Frühling“ Rechnung zu tragen. Es kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wenn in Tunesien ein moderater Islam verwirklicht würde, der mit demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar ist. Die Einbettung der islamischen Werte in eine moderne Demokratie ist die zentrale Herausforderung.

Die notwendige Hilfe muss zum einen die beratende Unterstützung beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen umfassen, wie sie in vielfacher Hinsicht bereits angelaufen ist. Erforderlich ist aber auch die wirtschaftliche Unterstützung. Je eher es gelingt, die wirtschaftliche Situation in Tunesien zu stabilisieren, desto eher kann der Transformationsprozess gelingen. Europäische Direktinvestitionen sind ebenso vonnöten wie wieder steigende Tourismuszahlen. Es wäre schlimm, wenn die Bevölkerung Tunesiens den Eindruck bekäme, dass die Wirtschaftslage nach der Revolution dauerhaft schlechter ist als vorher. Dies erfordert auch eine Politik, die dem Nord-Süd-Gefälle und der schwierigen Situation in den benachteiligten ländlichen Gebieten Rechnung trägt.

Wichtige Anzeichen deuten darauf hin, dass auch die tunesische Regierung den Ernst der Lage erkannt hat. Je eher über die künftige Verfassung Tunesiens Klarheit besteht, desto eher werden Investoren zu einem Engagement in Tunesien bereit sein. Auch die Justizreform ist von besonderer Bedeutung. Je höher die Rechtssicherheit ist, desto positiver wird das Investitionsklima bewertet.

Tunesien befindet sich derzeit in einer entscheidenden Phase der Weichenstellungen. Niemand kann sagen, wie lange das Zeitfenster für die notwendigen Reformen und Veränderungen offen ist. Sicher ist aber eines: Je schneller gehandelt wird, umso größer sind die Erfolgsaussichten, damit der tunesische Weg ein Modell für den „Arabischen Frühling“ wird.

### **Anmerkung**

Weitere Informationen zur Entwicklung in Tunesien finden sich in den einschlägigen Sonderberichten und Quartalsberichten der Hanns-Seidel-Stiftung, <http://www.hss.de>.

### **Autor**

Dr. Peter Witterauf ist Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, München.